



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 20. November 1878.

Nr. 544.

Landtags-Verhandlungen. Herrenhaus.

1. Sitzung vom 19. November.

Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr.

Am Ministertische: Graf Stolberg-Wernigerode und Dr. Leonhardt.

Vor Eintritt in die Geschäfte hält der Präsident, Herzog von Ratibor, folgende Ansprache: Meine Herren! Nach gewohnter Sitte haben wir im Herrenhause unsere Beratungen stets mit der Beurkundung unserer Ergebenheit und Treue gegen Seine Majestät unseren Allergnädigsten Kaiser und König begonnen. Heute haben wir eine besondere Veranlassung dazu. Durch Gottes gnädige Fügung ist unser Allergnädigster Herrscher, unser geliebter Landesvater bei zwei gegen ihn geplanten frevelhaften Mordanschlägen wenigstens dem Außersten entgangen. Tief beschämende und ernste Trauer wird für immer jedes preussische patriotische Herz erfüllen, daß diese Unthaten in der Hauptstadt des Landes vorkommen und gegen einen Monarchen geübt werden konnten, der der ruhmreichen Geschichte Preussens neue unausslöschbare Blätter hinzugefügt hat und erwarten durfte, als schönstes und theuerstes Kleinod von seinen Unterthanen mit ängstlicher Sorgfalt gehütet und mit unverbrüchlicher Treue bewahrt zu werden. Diese schwarzen Tage der Attentate werden, wie sehr wir auch darnach ringen, aus unserer Geschichte leider niemals getilgt werden können, aber sie werden Allen auch Zeugnis dafür geben, daß nach Täuflung, welche die in Preußen unerhörten Thaten erzeugten, das tiefverlebte patriotische Gefühl die Flamme heiliger Begeisterung für König und Vaterland empfortrieb. So wollen denn auch wir darin Zeugnis ablegen, und ich bitte Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Se. Majestät der Kaiser, unser Allergnädigster König und Herr, er lebe hoch! (Die Mitglieder erheben sich und stimmen dreimal begeistert in den Ruf ein.)

Nach Erledigung mehrerer Urlaubsgesuche wird mitgeteilt, daß seit dem Schlusse der vorigen Session in das Haus neu berufen worden sind die Herren: Adams, von Bredow, von Heynitz, Holzer, Lindemann, von Taczanowski, Tesmann, von der Osten-Blumberg, Hache und von Boyrsch.

In das Haus sind eingetreten: von Boyrsch, Tesmann, von Heynitz, von der Osten, Hache und von Bredow, sowie die schon früher berufenen Mitglieder: Fürst zu Wied und von Oldenburg.

Der hierauf angenommene Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 70 Mitgliedern; das Haus ist also beschlußfähig und scheidet deshalb sofort zur Wahl des ersten Präsidenten. Von 69 abgegebenen gültigen Stimmen fallen 66 auf den Herzog von Ratibor, der somit gewählt ist und die Wahl mit dem üblichen Danke annimmt.

Bei der Wahl des ersten Vicepräsidenten ergibt sich eine absolute Majorität nicht. Bei der zweiten Wahl wird (an Stelle des früheren ersten Vicepräsidenten) Herr von Arnim-Boitzenburg gewählt.

Zum zweiten Vicepräsidenten wird Herr Oberbürgermeister Hasselbach wiedergewählt.

Die früheren Schriftführer werden durch Altklamation wiedergewählt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.
Tagesordnung: Berathung über die Behandlung der eingegangenen Vorlagen.

Schluß 3 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom 19. November.

Nach der Eröffnung des Landtages im Weissen Saale des königlichen Schlosses versammelten sich die Mitglieder des Abgeordnetenhauses in ihrem Sitzungssaale ziemlich zahlreich.

Um 1 Uhr 10 Minuten eröffnete Präsident v. Bennigsen auf Grund der Bestimmungen der Geschäfts-Ordnung die Sitzung mit folgenden Worten:

M. H., in dem Augenblicke, wo der Landtag sich versammelt, erreicht uns die Nachricht von dem zum Glück ohne Erfolg gebliebenen mörderischen Angriff auf den Herrscher eines befreundeten Landes. Dieses Verbrechen ruft mit erneuter Lebhaftigkeit die Erinnerungen und die Gedanken in uns wach an die Schreckenstage des Frühjahrs, an die Gefahren,

die das Leben unseres allernädigsten Kaisers und Königs zweimal gefährdet haben, an die Gefühle der Dankbarkeit für die Erhaltung des Lebens Sr. Majestät und zugleich an die schmerzliche Empfindung darüber, daß bis heute die Folgen des zweiten Attentats den König gehindert haben, die Regierung selbst zu führen. M. H., die ersten und gefährlichsten Zustände der heutigen Zeit drängen mit verdoppelter Kraft die Vertreter des preussischen Volkes, sich mit Treue und Hingebung zu scharen um die Monarchie als die feste Grundlage unserer gesammten Staats- und Rechtsordnung, um den König und die Dynastie des Landes. Stimmen Sie deshalb bei Beginn unserer Geschäfte lebhaft mit mir ein in den Ruf: Se. Majestät der Kaiser, König Wilhelm von Preußen, Er lebe hoch!

(Das Haus erhebt sich und stimmt dreimal lebhaft in den Hochruf ein.)

An Vorlagen sind bereits eingegangen die Entwürfe betreffend die Uebergangsbestimmungen zu der deutschen Civil- und Strafprozess-Ordnung, die Ausführung der deutschen Eivilprozess-Ordnung, die Zwangsvollstreckung gegen Benefizialerben und das Aufgebot der Nachlassgläubiger im Geltungsbereich des Allgemeinen Landrechts, die Verwendbarkeit der unter Nr. 6 im § 1 des Gesetzes vom 17. Juni 1874 für den Bau der Eisenbahn Dortmund-Oberhausen resp. Sterkade nebst Zechenbahnen bewilligten Geldmittel, die Erwerbung von Grundstücken zum Neubau der geburtsärztlichen Klinik der Universität Berlin, betreffend ferner die Veränderungen im Staatsministerium, einen Nachtrag zu dem Etat 1878-79, eine Nachweisung über Klassen- und klassifizierte Einkommensteuer, sowie endlich ein die Domstifter Merseburg, Naumburg und Zeitz betreffender Gesetzentwurf.

Die Verlesung der Mitglieder in die Abteilungen findet nach Schluß der Sitzung statt.

Weitere Gegenstände liegen nicht vor.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Präsidentenwahl.)
Schluß 1 1/2 Uhr.

Deutschland.

*** Berlin, 19. November. Der Reichskanzler hat dem Bundesrath eine Denkschrift zur Beschlusfassung vorgelegt, welche im Reichseisenbahngesetz ausgearbeitet worden ist und die Haftpflicht der Eisenbahnen für Verlust und Beschädigung der zum Transport ausgegebenen Thiere betrifft. Die Denkschrift befürwortet die Erhöhung der zu leistenden Entschädigungssätze.

Die heutige Eröffnungsrede des Landtages kommt dem vielfach ausgesprochenen Wunsche nach, daß der jetzige Minister des Innern über seine Absichten in Betreff der Verwaltungsreform sich ausspreche. Die Durchführung des Reformwerkes für die gesammte Monarchie wird als nach wie vor zu den nächsten Zielen gehörig bezeichnet, welches die Staatsregierung im Zusammenwirken mit der Landesvertretung zu erreichen hofft. Zu diesem Vertrauen ist Graf Eulenburg, obwohl er als Minister noch nicht mit dem Abgeordnetenhaus verkehrt hat, durch seine Wirksamkeit im Reichstage wohl berechtigt. In den Aeußerungen der Eröffnungsrede über die Hindernisse, welche den Abschluß des Unterrichtsgesetzentwurfs noch nicht gestattet haben, wird man ebenfalls das Entgegenkommen gegen die berechtigten Wünsche der Landesvertretung nicht verkennen. Außer den in der Eröffnungsrede erwähnten Vorlagen werden noch einige von provinzieller Bedeutung eingebracht werden, z. B. hinsichtlich der Reform der heftigsten Brandversicherungsanstalt in Kassel und ihrer Ueberleitung in die kommunalkändliche Verwaltung. Der Entwurf lag schon im vorigen Jahre dem Abgeordnetenhaus vor, dessen Wünsche bei der neuen Redaktion vielfach berücksichtigt worden sind. Außerdem wird noch eine Vorlage, die Gerichtsschreiber betreffend, und eine andre, die Zwangsvollstreckung gegen unbewegliches Eigenthum betreffend, nachträglich eingebracht werden.

In der ersten Hälfte dieses Monats sind außer Dienst gestellt worden das Schiff „Elisabeth“ in Danzig, am 2. November, das Schiff „Sachsen“, am 8. November und das Schiff „Preußen“, am 9., letztere beide in Kiel.

Berlin, 20. November. Die „Nat.-Ztg.“ schreibt:

Die Thronrede, indem sie in ihren ersten Absätzen den Empfindungen gegenüber der Gefährdung und Rettung des Kaisers Ausdruck giebt, knüpft

darvan den Gedanken, daß der äußeren Einschränkung trauriger Verirrungen durch die Reichsgesetzgebung auch die innere Ueberwindung durch die ernste Fürsorge für das allseitige Gedeihen des Volkes allmählig folgen werde. Auf dem Boden dieses Programms können alle Parteien sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, aus ihm entspringt auch der verbindende Gedanke, welcher die auseinanderstrebenden Glieder der langen Auseinandersetzung zusammenhält. Freilich wird diese Uebereinstimmung nicht überall in die Ausführungen des Gedankens hinein vorhalten.

Die kleinen Bächlein, die man nach und nach in offiziellen Mittheilungen über die Vorlagen an den Landtag entspringen sah, haben sich, wie der Augenschein lehrt, zu einem ansehnlichen Strom vereinigt und der Schluß der Thronrede behauptet ohne Uebertreibung, daß ein Feld mannichsacher Thätigkeit eröffnet sei.

Vorher jedoch die Thronrede in die dreizehn Positionen eingeht, in welchen die einzelnen Punkte näher auseinandergesetzt werden, verweilt sie einen Augenblick bei der „schweren Aufgabe“, welche dem Kronprinzen in der einflussreichen Führung der Regierung im Sinne Sr. Majestät des Königs geworden war. Sie sagt nicht zu viel, wenn sie das zuversichtliche Vertrauen betont, welches dem Kronprinzen von allen Seiten entgegengebracht wurde, ein Vertrauen, das sich in ersten Augenblicken so wirksam zur Ueberwindung von Schwierigkeiten gezeigt hat.

Im Einzelnen erfahren wir, daß selbst zur Bekämpfung der ordentlichen Ausgaben die budgetmäßigen Voranschläge nicht ausreichen; die Aenderungen in den Revisorverhältnissen werden im Etat nicht zur Genehmigung vorgelegt, sondern „sämmtlich ausgedrückt“. Die Verwaltungsreform hat wegen Arbeiten von unmittelbarer Dringlichkeit zunächst zurückgestellt werden müssen; die Entwürfe wegen Aufbringung der Gemeindeforderungen, der Vorbildung für den höheren Verwaltungsdienst, der Reform der sächsischen Domstifter, des Feld- und Forstschutzes werden dagegen von Neuem vorgelegt. Die Ausführungsgesetze für die Justizgesetze werden angekündigt und dabei das Datum des nächsten 1. Oktober f. J. als des Inkrafttretens, erhobene Zweifel abschneidend, ausdrücklich hervorgehoben. Das Unterrichtsgesetz wird wiederholt in seinen organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten erörtert, nur ein kleines Kapitel daraus über Universitätsdisziplin markirt seine Stelle in den Vorlagen. Die Erwähnung der Bestrebungen zur Förderung und Neugestaltung des gewerblichen Unterrichtswesens läßt wenigstens zur Betrachtung der Pläne der Regierung in dieser Richtung ein, denen wir in einer veröffentlichten Denkschrift auf einem ziemlich unerwarteten Wege begegnet.

Dann öffnet die Thronrede, man möchte sagen, in ihren Schlußsätzen den Ausblick auf eine neue erhobene Anspannung der wirtschaftlichen Thätigkeit des Staates: Bildung von Meliorationsgenossenschaften, Errichtung von Landeskulturrentenbanken, Verbesserung der öffentlichen Wasserstraßen und das tiefgreifende Kapitel vom Eisenbahnwesen im Sinn der nachdrücklichsten Betonung des Staatsbahnsystems. Bei alledem wird noch die finanzielle Nothlage nur als ein vorübergehender Zwischenfall behandelt.

Wortwüthiger ist noch nie das Verhältniß der Reichseinkünfte zu Preußen zum Ausdruck gekommen, als in dieser Thronrede. Das hier entwickelte Gesetznahmeprogramm ist ein Fragment, dem der Reichstag durch seine Geldbewilligung den Abschluß geben muß, es ist eine todte Masse, der erst die Reichsgesetzgebungsorgane Blut und Leben geben können. Wer wollte Angesichts dieses heute noch leugnens, daß Preußen im Reiche aufgegangen ist.

Ein längeres an die bairischen Kriegeregierungen ergangener Ministerialerlass betrifft die Zwanzigpfennigstücke. Es ist nämlich, wie bairische Blätter melden, von der Reichsbank mitgetheilt worden, daß gegenwärtig ein solcher Rückfluß dieser Münzsorte stattfindet, daß in den Kassenbeständen der Reichsbank zur Zeit allein 10 Millionen Mark an Zwanzigpfennigstücken sich befinden, darunter 1 Million bei der Reichsbankhauptstelle in München. Es wird aus diesem Umstande geschlossen, daß diese Münzsorte im Verkehr nicht beliebt sei und daher die Frage erörtert, ob die Zwanzigpfennigstücke gänzlich einzuziehen und in Ein- und Zwei-Markstücke umzuprägen seien. Die Sache scheint uns doch der Beachtung sehr werth. Wenn von den

35,7 Millionen Mark, die an Zwanzigpfennigstücken überhaupt ausgeprägt sind, 10 Millionen außer Circulation gesetzt sind, so beweist das allerdings, daß die Münze im Verkehr nicht überall willig aufgenommen wird. Die Einziehung derselben scheint uns deshalb noch keineswegs gerechtfertigt. Denn abgesehen von den Kosten einer solchen Operation, würde ein sehr erheblicher Theil des Publikums gerade diese Münze sehr ungern missen. Sollte zwischen den 10- und 50-Pfennigstücken das 20-Pfennigstück ausfallen, so entstände dadurch eine Lücke, die der Verkehr bei der Schnelligkeit der zirkulirenden Scheidemünze sehr bald unangenehm empfinden würde. Mag das kleine Zwanzigpfennigstück für schwierige Hände und für ländliche Verhältnisse nicht ganz bequem sein, so genügt doch schon ein erheblicher Theil des städtischen Verkehrs, in welchem diese Münze einem unzweifelhaften Bedürfnis entspricht, um dieser Münze das Recht auf weitere Circulation zu gewährleisten.

— Aus Wiesbaden, 17. November, wird der „N. Fr. Ztg.“ geschrieben: Die Abende pflegt Se. Majestät der Kaiser im Theater zuzubringen. Der Kaiser sitzt während des Spieles allein in seiner Prosceniumloge, während die Herren seiner Umgebung in der großen königlichen Loge erscheinen. Nur der Hofmarschall Graf Perponcher, oder der diensthühende General-Adjutant oder Flügel-Adjutant, treten während der Zwischenakte zum Kaiser in die kleine Loge. Ein Besuch des Kurfaals und der täglich zweimal dort stattfindenden Konzerte ist noch nicht erfolgt.

Provinzielles.

bringt diesen Donnerstag, zur Gedächtnisfeier für H. von Kleist, das Schauspiel: „Prinz von Homburg“, unter Mitwirkung des Herrn Direktors Barona. — Uebrigens können wir bei dieser Gelegenheit den Wagner-Freunden die angenehme Nachricht bringen, daß Herr Franz Nachbauer, rühmlichsten Angedenkens, in der Zeit vom 23. November bis 3. Dezember am Stadttheater gastiren wird. Der wunderwolle Tenor des geschätzten Sängers hat ihm bei seinen früheren Gastrollen die Herzen Aller im Sturme erobert. Herr Nachbauer hat sich übrigens auch den Ruf eines bedeutenden Wagner-Sängers erworben.

— Bei der heutigen Stadtverordneten-Wahl siegte Herr Otto Schulz gegen Herrn B. Weyer.

— Die Rechtmäßigkeit einer Exekutivevollstreckung und die Anwendbarkeit des § 113 des Strafgesetzbuches ist, nach einem Erkenntnis des Ober-Tribunals vom 17. Oktober d. J., durch die Existenz eines schriftlichen Pfändungsbefehls bedingt.

— Heute früh ist in der Barnitz bei dem Genesenshofen Petroleumbroche die Leiche des Schiffsbaukaufmanns Nr. 8 hier selbst wohnhaften Steuer-Diätars Gramke gefunden und nach dem Krankenhause geschafft. Nuthmaßlich ist der Verstorbene, welcher um 6 Uhr von dem Wachtmeister auf dem an jenem Hofe liegenden Schiffe „Professor Lindner“ abgelöst werden sollte, als er sich vom Schiffe aus über die schlüpfrig gewesene Stellung an's Land begeben wollte, auf derselben ausgeglitten, unbemerkt in's Wasser gefallen und dabei ertrunken.

Swinemünde, 18. November. Vorgestern gelangte auf telegraphischem Wege die Nachricht hierher, daß der etner Lübecker Aeberei angehörige, mit einer Ladung Getreide von Riga kommende und nach Wolgast bestimmte Dampfer „Neva“ bei Arcona auf Grund gerathen sei. In Folge dessen machte der hiesige Bergungsdampfer „Sequens“, Kapitän Kroll, sofort Dampf und fuhr nach der Strandungsstelle, wo er den Dampfer „Neva“ in hilflosem Zustande mit einem Leck und Wasser im Raum vorfand. Man hofft, daß der „Sequens“ den Dampfer leers pumpen und nach nothdürftiger Verstopfung des Lecks von dem feinen Grunde, auf welchem derselbe gestochen ist, abbringen werde. Näheres über die Strandung, namentlich wodurch dieselbe herbeigeführt worden, ist bis jetzt nicht bekannt geworden.

Niederwüde, 18. November. In Rücksicht auf den nicht unbedeutenden Verlust, welcher kürzlich durch das Auffinden von Trichinen in zwei Schweinen den Besitzern derselben erwachsen ist, hat sich hier ein Verein gebildet, welcher seine Mitglieder

für treidliche Schweine schadlos halten will. Zu Vorstandsmitgliedern sind gewählt: die Herren Bürgermeister Hingel, Fabrikdirektor Lessendorff, Kaufmann A. Lende, Bäckermeister Weber und Fleischermeister Hirschhoff. Wir hören, daß diesem beachtenswerthen Vereine bereits circa 150 Mitglieder beigetreten sind, daß vorläufig ein Beitrag von 10 Pfg. pro Monat erhoben werden soll, daß aber nach der Erfahrung anderer Vereine der Art die Hoffnung besteht, diesen Beitrag über lang oder kurz wesentlich herabsetzen zu können. In einer Nachbarstadt wird in einem ähnlichen Vereine nur noch ein Jahresbeitrag von 25 Pfg. erhoben, auch wird beabsichtigt, späterhin den Verlust durch Finnen und Feuer mit in das Risiko zu nehmen.

Zarmen, 18. November. Heute Nacht brannte die Scheune des Herrn Dahms hier ab. Dem rechtzeitigen Eintreffen und thätigen Eingreifen der seit kurzer Zeit organisierten freiwilligen Feuerwehr unter Leitung ihres umsichtigen, energischen Dirigenten, Herrn Kaufmann Kramer, ist es zu verdanken, daß weiteres Unheil nicht entstand. Dem ruhigen, unparteiischen Beobachter konnte es auch bei dieser Gelegenheit nicht entgehen, welcher Segen ein derartiger Verein für eine Gemeinde ist, namentlich wenn jeder Theilnehmende sich strengen Gehorsam zur Pflicht macht, und kann man deshalb wohl jeder Kommune den Rath geben, die größten Opfer für solche Anstalten zu bringen.

Greifswald, 19. November. Gestern tagte in Stralsund eine Versammlung von Interessenten für eine Sekundärbahn von Greifswald über Grimmen zum Anschluß an die projektirte Bahn Stralsund Rostock. Bekanntlich ist vorläufig das Projekt dahin gerichtet, die legerwägnie Bahn direkt nach Barth und von dort nach Rostock zu führen, während die Versammlung sich gegen diese, die Küste fast berührende Linie aussprach und mit Entschiedenheit für die Verbindung Stralsund-Damgarten mit einer Zweigbahn von Belgast oder Startow aus nach Barth eintrat. Um den mit 20 gegen 18 Stimmen gefaßten Beschluß hinreichend würdigen zu können, muß man wissen, daß von den 18 Stimmen 8 auf Stralsund, 6 auf Barth und 2 auf Damgarten fielen, während die 20 Stimmen sich auf eine weitere größere Zahl von Interessenten vertheilt. Nach dieser Abstimmung erklärten die Stralsunder und Barthyer, sie würden unter keinen Umständen eine Wahl in das zu bildende Komitee annehmen. Es wurden hierauf in das Komitee gewählt: Aus dem Franzburger Kreise: Landrath von Brockhausen und Kreisdeputirter von Stolberg-Schlemien. Aus dem Grimmer Kreise: Landrath von Jagow, Kreisdeputirter Hauptmann von Hennings-Stremow und Graf von Refsenbrück-Griekenow. Aus dem Greifswalder Kreise: die Kreisdeputirten Graf von Behr-Dehrenhof und Justizrath von Bahl. Aus den Städten: für Greifswald Syndikus Dr. Schulze und putirendes Mitglied, für Grimmen Bürgermeister Dettmann, für Franzburg Bürgermeister Hingel, für Nichtenberg Bürgermeister Wittmug. Die genannten Herren konstituirten sich hierauf als „Neurompomerisches Eisenbahn-Komitee.“ Wie erwähnt noch, daß der Herr Regierungs-Präsident Graf von Behr-Regendank sich an den Verhandlungen mit lebhaftem Interesse beteiligte. Hoffen wir, daß die Arbeiten dieses Komitees von Erfolg begleitet sein mögen!

x Waldenburg. Von allgemeinem Interesse ist eine nunmehr erledigte Streitfrage in Pfarrangelegenheiten, welche bis in die Zeiten des deutschen Ritterordens zurückgreift. Durch ein Privilegium des Hochmeisters Ulrich v. Jungingen, desselben, der im Jahre 1410 in der Schlacht bei Tannenberg gegen den Polenkönig und Lithauerfürsten Jagello unterlag, ist dem „Stadtpfarrherrn“ von Waldenburg ein werthvolles Fischereirecht eingeräumt. Das betreffende Schriftstück stammt aus dem Jahre 1408. Dieses Recht wollte der Pfarrer Gehlmann zu Kl. Wittfelde ablösen. Der evang. Pfarrer zu Waldenburg behauptete nun, jene Abfindungsumme gebühre ihm als „Stadtpfarrherr“, wogegen der kath. Pfarrer zu Eißler dasselbe Amt sich zuschrieb, da die katholischen Einwohner der Stadt seine Pflegebefohlenen seien, er also der in jener Urkunde bezeichnete „Stadtpfarrherr“ sei. Durch endgültige Entscheidung des Revisionscollegiums zu Berlin ist nunmehr für Recht erkannt, daß das besagte Fischereirecht dem kath. Pfarrer zu Eißler als „Stadtpfarrherr“ zu Waldenburg gebühre. Es hat sich aus den Urkunden ergeben, daß die hiesige Bevölkerung bereits ums Jahr 1640 zum größten Theil zum Protestantismus übergetreten ist und der letzte am Orte wohnhafte kath. Geistliche in dieser Zeit sein Widerstreben mit dem Leben hat bezahlen müssen. Von jener Zeit an hat die kleine kath. Gemeinde eine Filiale von Flotenstein gebildet, bis sie im Jahre 1863 dem kath. Pfarrer zu Eißler zugewiesen ist, welchem somit als „Stadtpfarrherr“ jenes Fischereirecht gebührt, um so mehr, als der Beweis von einem Erlöschen jenes Rechts durch Nichtgebrauch nicht klar geliefert werden konnte.

*** Di. Krone, 17. November.** Zum Tode verurtheilt wurde in der am 13. d. Mts. stattgefundenen Sitzung des Schwurgerichts der Tischlermeister Carl Neumann aus Zempelburg, welcher beschuldigt war, seine Ehefrau Ende v. J. vorsätzlich und mit Ueberlegung getödtet zu haben.

Die Censur in ihrer Bedeutung vom moralischen und juristischen Standpunkt.

Wenn mit der legislativen Einföhrung der Pressefreiheit die willkürliche Herrschaft der Schrifturtheile fast abdicirt wurde und uns eine Reminiscenz nur in den einer lockeren Handhabung unterworfenen Preßgesetzen hinterließ, so blieb der Richter-

spruch des Büchergerechts doch nicht dauernd unbeseht. Streng rechtlich, aber durchgreifend und wirksam waltete die von den öffentlichen Sitten ausgeübte Censur ihres freiwillig angemessenen Amtes. Es wurde dem Volke damit ein edles und hohes Recht übertragen, das Recht einer Freiheit, die sich in ihrer Anwendung von unermesslichem moralischen Werthe erwies. Das machtspredigerische „Veto!“ (ich verbiete) oder patentirte „Imprimatur“ (es werde gedruckt) einer oft pedantisch und kleinlich denkenden Censurbehörde mußte sich demüthig vor dem „Pfund“ oder dem jauchenden Beifall eines Ehrs, Anstand und Rechtschaffenheit hochschätzenden öffentlichen Meinung beugen. Der Geistesrichtung der Nation schienen die buchstaben- und formgewandten Schrifttrichter zu folgen und dem Volksurtheilspruch bereitwillig Sanction zu erteilen.

Trennen wir nun aber von dem Begriff „Presse“ die handwerksmäßigen Neuigkeits-Aussauger und „Auspumper“, „Zeitungen“ und die wirklichen wahren Kunstschöpfungen, die bildend wirkenden Dichtungen. Die Folge unserer ungesunden sozialen Zustände hat es mit Recht verlangt, daß jene oft nur Unfrieden und Haß ausströmenden Journale wieder einer haarfeinen und scharfen Censur unterworfen werden. Das Volk erkennt einseitig die Nothwendigkeit der Rückkehr zu dem ancien régime der Schriftverheme für diesen Theil der Presse an, fragt aber bekümmert, weshalb die die Sitten des öffentlichen Lebens abspiegelnden Bühnenwerke mit unter dies richterliche Secirmesser genommen werden? Wird die allgemeine Nothwendigkeit einer solchen Handlungsweise gesamtbehördlich als begründet erachtet, so ist man auch von ihrer Wohlthat und ihrem Nutzen überzeugt. Wie aber, wenn diese Nothwendigkeit in den Grenzen des Gesetzkörpers selbst bestritten wird, ja, wenn das gerade Gegenteil, der Werth und bildende Vortheil des Werkes zumeist anerkannt wird? Soll dann die geistige Sphäre der verschiedenen Richter auch unsere sein? Sollen so divergirende Ansichten maßgebend wirken, um hier einen geistigen Genuss zu versagen, der anderer Orten mit vollen Händen geboten wird? Das ist unmöglich! Wie die Verwaltung der Finanzen, des Kultus u. eines ganzen Reiches nur in einer Hand liegen kann, soll sie zum Ersprießen der Nation gedeihen, so kann — soll eine streng-richterliche Censur stattfinden — diese auch nur von einer gesetzlich dazu befugten Behörde ausgeübt werden. Ihrem Machtprüche hat sich alsdann das ganze Volk zu unterwerfen, der Dichter weiß, was er mit seinem Werke zu beginnen hat und kann beruhigt sein, daß die einmal erteilte Aufführungs-Erlaubniß nicht durch so und so viele städtische Einzelbehörden so und so oft beanstandet wird.

Die Veranlassung zu unseren kurzen Bemerkungen giebt uns das Verbot der hiesigen Polizeiverwaltung, betreffs der Aufführung des französischen Sittendramas: „Die Fourchambault.“ In einem großen Saal, besonders in Berlin, mit ungeheurem Erfolg zur Darstellung gekommen, überrascht das hiesige Verbot ungemessen und wird einer allgemeinen Kritik vieler auswärtiger Journale unterworfen. In der That scheint auch uns der angelegte Maßstab ein gar zu strenger gewesen zu sein. Der geistreiche Kritiker des „Deutschen Montagsblatts“, Frh. Nauthner, schreibt darin über „Die Fourchambault“:

„Das hochbedeutende Stück ist von einer Feinheit der Beobachtung, von einer Kühnheit der Ziele und von einer Keuschheit der Mittel, die es in seinem poetischen und physiologischen Wert.e unbedingt selbst über die gelungensten Theaterstücke der Dumas und Sardou stellen.“

Wie aber ist bei einem so vollgültigen Urtheile die Möglichkeit eines Ausführungsverbotes zu rechtfertigen, fragt sich wohl der Leser? Die Antwort ist einzig und allein darin zu finden, daß die Handlung von einem unehelichen Kinde und seiner zur Heldin des Dramas gemachten Mutter spricht! Der Kern der interessanten und fesselnden Handlung, auf die wir des Raumes wegen nicht näher eingehen können, ist der Kampf der Wahrheit und ernstlichen Arbeit gegen die Lüge und Frivolität. Bei dem Reichthum französischer Tendenz-Sitten-Schauspielen, ohne welche wir uns unsere Bühnen leider kaum mehr denken können und die, nach Maßstab der „Fourchambault“ gemessen, längst vom Repertoire eines jeden deutschen Theaters hätten schwinden müssen, ist das Verbot dieses neuesten Dramas überraschend und das dadurch hervorgerufene Aufsehen gerechtfertigt.

In der „Süddeutschen Presse“ 20. November 1878) lesen wir bei Gelegenheit einer Besprechung über den moralischen Werth der Operette: „Grasella“, in Antwort auf einige aufgetauchte leichte Mägen:

„Das in Rede stehende Stück bewegt sich wohl etwas stark an der Grenze des Möglichen, aber übertrieben kann jene Rüge auch werden! Das Theater wird sich einer gewissen Anfeindbarkeit in seinen Darstellungen niemals entziehen können; allzu frühe Leute brauchen ja nicht hineinzugehen und überhaupt ist ein Theater nur ausnahmsweise für Kinder und halberwachsene Mädchen da. Gegen die sich in unserm öffentlichen Leben breit machende Unsitlichkeit in öffentlichen Abend-Unterhaltungen, Literatur u. ist schon oft Front gemacht worden, in das Gegentheil dürfen diese Dinge aber auch nicht umschlagen, vergleichen führt nur zur Feuchtheit!“

Mit diesen höchst zutreffenden Worten, die man beim Verbot der Fourchambault“ auch hätte berücksichtigen können, wollen wir unsere heutigen Zeilen schließen, dabei der Hoffnung lebend, daß der gefasste politische Beschluß noch rechtzeitig rückgängig gemacht werden wird.

H. v. R.

Bemerktes.

Herr Moritz Busch macht jetzt so viel von sich reden, durch die Urtheile des Kanzlers über andere Leute, die er der Welt mitgetheilt, daß es wohl auch interessant sein möchte, die Urtheile des Kanzlers über ihn selbst zu hören, welche uns der Betreffende selbst in seiner Navität erzählt. Als der Kanzler ihm einmal gestattet, ihn im Wagen zu begleiten — eine Ehre, zu deren Erreichung Herr Busch eine sehr gewandte Operation in Scene gesetzt hatte — mußte ihn der Kanzler darauf aufmerksam machen, daß es nicht passend von ihm sei, wenn Offiziere vor dem Wagen salutirten, den Gruß durch Handanlegen an die Mißgebende zu erwidern. Der Gruß gelte nur ihm, dem Kanzler, in seiner Eigenschaft als General.“ Bald darauf zieht sich Herr Busch eine abermalige Zurechtweisung zu. „Wenn Sie strategische Ideen entwickeln,“ sagte der Kanzler dem in der Nähe des Königs während der Schlacht bei Sedan laut seine Ansichten zum Besten Gebenden, „so wäre es gut, wenn das weniger vernehmlich geschehe, sonst fragt der König, wer das ist, und ich muß Sie ihm dann vorstellen.“ Die schriftstellerischen Leistungen des Herrn Busch erfreuten sich nicht allemal der Billigung des Kanzlers. „Aber sagen Sie einmal — jagte er — warum sind Sie nur in dem, was Sie schreiben, mitunter so massiv? Das, was Sie neulich über die Ultramontanen sagten, war sehr stark in den Ausdrücken.“ Herr Busch erlaubte sich zu erwidern, er könne auch artig sein und glaube sich auf die seine Malice zu verstehen. „Nun, dann seien Sie fein“, befahl der Kanzler, „aber ohne Malice, schreiben Sie diplomatisch; selbst bei Kriegserklärungen ist man ja höflich.“ Dies: herbe Ermahnung fruchtete jedoch nichts. Schon nach zwei Tagen zieht sich Herr Busch eine erneute Ermahnung zu. „Sie schreiben mir immer noch nicht höflich genug, Sie sagten mir doch, Sie wären Meister in feinen Malicen, hier aber ist mehr Malice als Feinheit. Machen Sie's umgekehrt. Sie müssen politisch schreiben, und in der Politik ist der Zweck nicht Beleidigung.“ Späterhin muß sich Herr Busch noch einmal ermahnen lassen, künftighin die Telegramme politischer zu machen. Die von ihm gewählte Form wäre eine Ungeheuerlichkeit. — Diese vielen Zurechtweisungen wegen mangelnder Höflichkeit aus dem Munde des Kanzlers sind um so auffälliger, als uns Herr Moritz Busch wiederholt versichert, daß ihm die Gedanken des Kanzlers unglücklich leicht aus der Feder fließen. Wir geben gern zu, daß es eine schwierige Aufgabe war, die täglichen Tischgespräche, welche uns Herr Busch schildert, anzuhören und doch nachher die von dem Kanzler gewünschte Zartheit in der Form zu bewahren. Herr Busch vergaß eben zu oft, daß, wenn zwei dasselbe thun, es eben nicht dasselbe ist, oder, wie die Lateiner noch mit einem anderen Sprichworte sagen: quod licet etc.

Ueber den Lebensgang des jetzt viel genannten Berossers von „Graf Bismarck und seine Leute“, Dr. Moritz Busch, weiß die „Magdeburger Zig.“ aus „sicherer Quelle“ Folgendes zu berichten: „Busch, der auf der Universität Theologie studirte, warf sich 1848 in die politische Bewegung und nahm an derselben als rother Demokrat Theil. Anfang der 50er Jahre begab er sich nach Amerika, wo er vorübergehend Pastor in einer deutschen Gemeinde war. Da er sich dort als unbrauchbar in seinem Amte erwies, kehrte er etwa 1855 oder 1856 nach Europa zurück. Er machte alsdann für Rechnung des österreichischen Lloyd Reisen nach Griechenland und Palästina. Wieder nach Deutschland zurückgekehrt, übernahm er als Nachfolger von Julius Schnadt die Redaktion der „Grenzboten“, die er bis zum Jahre 1866 fortführte. In diesem Jahre beschimpfte er öffentlich (in einer Leipziger Restauration) Gustav Freytag als einen „gottverdammten Verräther“, weshalb er aus der Redaktion der genannten Wochenschrift entfernt ward. (Im Jahre 1863 machte er eine Zeit lang den Sekretär des Augustenburger und besand sich an dessen „Hofe“, was ihn, obwohl er den vertrauten Umgang des Herzogs genoß, nicht hinderte, an sich ganz verdienstlos, bei dem Verhältnisse des Berossers zum Augustenburger aber höchst verdammenswerthe Artikel über denselben in die „Preussischen Jahrbücher“ zu schreiben. Auch aus diesem Verhältnisse erfolgte bald die Entlassung.) Im Jahre 1866 war er während der „Uebergangszeit“ in Hannover als Presfleiter thätig. Am 1. April 1870 erfolgte seine Anstellung in der persönlichen Nähe des Fürsten Bismarck als Presreferent, welche Stellung Dr. Busch dann bekanntlich auch während des Krieges — als er die jetzt herausgegebenen Aufzeichnungen Bismarck'scher Aeusserungen und Urtheile machte — befehlt. Es war während dieser Zeit neben anderen Geschäften seine Aufgabe, diejenigen Artikel laut Instruktion zu schreiben und unterzubringen, welche der Kanzler im Interesse seiner Politik in diesem oder jenem großen Blatte abgedruckt zu sehen wünschte. Busch erhielt dafür 2500 Thaler Gehalt und Ausfluß auf Pension. Bis Ostern 1873 blieb er in dieser Weise im Dienste Bismarck's ohne genau begrenzte Stellung, ohne Titel und ohne etatsmäßiges Gehalt. Um diese Zeit kehrte er plötzlich Berlin den Rücken, wie er selbst erklärte, weil er sich mit keinem der Räte in der Ansicht zu kuldigen schien, daß das Verdienst der Gründung des deutschen Reiches und der auswärtigen Politik desselben ihm gebühre. Vorübergehend fungirte Busch dann als Redakteur des „Hannoverschen Couriers“, ward jedoch auch hier wegen zu großer Ueberschätzung seiner selbst nach einem Jahr entlassen. Seit 1876 lebte er dann wieder in Leipzig als Schriftsteller und Uebersetzer.“

In der Kammerstzung in Versailles, in der die Wahl des Grafen Mun, des bekannten katholisch-sozialistischen Agitator als ungültig erklärt wurde, entspann sich ein kleiner unendlich komischer Dialog zwischen dem Deputirten de Baudry d'Asson und dem Präsidenten der Kammer Grevy. de Baudry: „Herr Thiers befindet sich in diesem Augenblick im Zehgefeuer, um dort seine Fehler abzubüßen und dort zu seinem Heile geläutert zu werden.“ Der Präsident: „Herr de Baudry d'Asson, Sie haben sich hier nicht mit dem Seelenheil der Anderen zu beschäftigen; beschäftigen Sie sich gefälligst nur mit Ihrem eigenen Heile.“ de Baudry: „Wir würden viele Seelen zu retten haben, wenn wir uns mit den Seelen der Mitglieder der Linken beschäftigen wollten, und wir könnten dann mit der Ihren anfangen, Herr Präsident.“ Der Präsident: „Ich bitte Sie nochmals, sich nur mit Ihrer eigenen Seele zu beschäftigen.“ de Baudry: „Sehr wohl, Herr Präsident.“ Der Zwischenfall ist nun geschlossen. So amüsante Scenen haben wir bei uns im Reichstag doch niemals zu verzeichnen!

Aus Rom wird telegraphisch gemeldet: Der Appellgerichtshof hat die Klage, welche die Gräfin Lambertin gegen die Antonelli'schen Erben angestrengt hat, abgewiesen und die Klägerin in die Kosten verurtheilt. Die Klägerin rekurirte an den Kassationshof.

Literarisches.

Menzel und von Lengert's landwirthsch. Hilfs- und Schreibkalender für 1879.

Vor uns liegt der 32. Jahrgang dieses altbewährten Kalenderjahres, der auch dieses Mal wieder auf das Sorgfältigste revidirt und mit genauer Kenntniß der Bedürfnisse des praktischen Landwirths bearbeitet ist. Neben dem bekannten Hülsbuch und verschiedenen neuen Tabellen bringt der erste Theil — dessen Einband uns noch fester und haltbarer wie sonst erscheint — eine Eisenbahnkarte in Farbendruck ausgeführt, Post- und Telegraphen-Bestimmungen, Jagdkalender u. c. Der zweite Theil enthält eine geradezu epochemachende größere Arbeit von Max Märker (Veruchstation Halle) über „Die zweckmäßigste Verwendung der künstlichen Düngemittel.“ — Wer sich einerseits Vortheile sichern und andererseits vor Täuschungen schützen will, mache sich Märker's Erfahrungen zu eigen!

Es wird nur dieses kurzen Hinweises bedürfen, „dem Menzel“ — wie der Kalender kurz bezeichnet zu werden pflegt — neben den vielen Tausenden alter Freunde viele neue zu gewinnen.

Der Preis für beide Theile des Kalenders (in Leinen gebunden) beträgt 2 M. 50 Pfg. und ist derselbe in jeder Buchhandlung vorräthig.

Telegraphische Depeschen.

Darmstadt, 19. November. Bei der Großherzog zeigte sich gestern Abend eine kurze Erscheinung, nach deren Verlauf sich etwas Sta. und eine geringe Ausdehnung der diptheritischen Membranen einstellte. Das Befinden der Prinzessin Irene ist ein befriedigendes.

Darmstadt, 19. November. Nach dem te ausgegebenen Bulletin dauert die Besserung im Befinden des Großherzogs fort.

Sittigart, 19. November. Die Kammer haben heute nach elfmonatlicher Unterbrechung Revisionen wieder aufgenommen und sind sofort die Tagesordnung eingetreten. Der Präsident er Abgeordneten-Kammer, Hoelder, bezeichnete als Hauptaufgaben die Verathung des Etats und der Gewerbesteuer zur Ausführung der Reichs-Justizgesetze.

Lemberg, 18. November. Das Vorgehen der Polizei forderte bereits Menschenopfer; Polizeikommissar Koffa und Banl-Kassier Gomolinski sind in Folge erhaltener Wunden gestorben. Die Polizeibehörde hat in der akademischen Lesesalle eine Revision vorgenommen. Die an der Affaire beteiligten Akademiker werden relegirt.

Verailles, 19. November. Deputirten-Kammer. Der Bonapartist Cazeaux brachte eine Interpellation ein, betreffend die angeblichen Wahlmanipulationen der Regierung. Der Minister des Innern, Marcere, stellte in Abrede, daß irgend welche Manipulation auf die Wähler ausgeübt worden sei und fügte hinzu, eine weise Verwaltung sei das einzige Mittel gewesen, um die Stimmen der Bevölkerung zu erhalten. Der Minister stellte hierauf einen Antrag auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung, welcher angenommen wurde.

Florenz, 19. November. Während gestern Abend auf dem Signoria-Platz eine patriotische Kundgebung für den König stattfand, platzte mitten unter der versammelten Volksmenge eine Dynamitbombe, durch welche 2 Personen getödtet und mehrere andere verwundet wurden. Trotz der Erbitterung der Bevölkerung über diese Schandthat nahm die patriotische Kundgebung ihren ruhigen Fortgang. Die hiesigen Vereine haben eine Glückwunsch- und Ergebenheits-Adresse an den König gerichtet.

Neapel, 19. November. Der König und die Königin erschienen gestern Abend im San Carlo-Theater, woselbst ihnen begeisterte Ovationen entgegengebracht wurden.

Der Ministerpräsident Cairoli hatte in der vergangenen Nacht leichtes Fieber, heute ist sein Befinden ein befriedigendes. Die dem König zugegangenen Glückwunschtelegramme beziffern sich auf tausende. Die Demonstrationen anlässlich der glücklichen Errettung des Königs dauern in allen Theilen des Landes fort.

London, 19. November. Nach einer hier eingelegenen Privatdepesche aus Lima soll der Präsident des peruanischen Senats und ehemalige Präsident der Republik Peru, Manuel Parba, ermordet worden sein.

von
sag
an
Lan
St
un
ren
rend
erfol
eine
den
Mu
und
Kun
wie
in d
schal
an
folgt
Nea
teter
dab
liche
Wab
Rom
Hum
Maj
sönt
Sie
den
schfu
Regl
auch
in g
blüth
melde
Victo
Str
ben,
schen
über
morg
werdi
mitge
ben
richte
nach
Köni
dem
der c
geleg
Antr
anlan